

Gut leben anderswo?

Internationale Perspektiven

Bolivien: In Artikel 8 der bolivianischen Verfassung von 2009 ist „vivir bien“, was so viel heißt wie „gut leben“, als ethisch-moralisches Leitprinzip für Staat und Gesellschaft verankert worden. Was verbirgt sich hinter diesem schillernden Begriff, der auch in Europa viel zitiert wird?

Das „vivir bien“ entstammt der Kosmvision der indigenen Andenvölker – ihrer Art, die Welt zu sehen, zu fühlen und zu verstehen. Der spanische Begriff knüpft dabei an den Wortsinn von „sumak kawsay“ in Quechua und „suma qamaña“ in Aimara an. Bezeichnet werden damit das Streben nach einem Zusammenleben in Harmonie, in erster Linie zwischen Mensch und Natur, der Respekt vor der „Mutter Erde“ (*Pachamama*). Ausgehend von dieser Vorstellung, wird die Natur ebenso wie jedes Individuum zum Träger von Rechten und Pflichten. Grund und Boden werden nicht als eine

auszubeutende Ressource betrachtet, sondern gelten als heilige Quelle des Lebens, der Kultur und der Weisheit.

Übertragen auf die heutigen Verhältnisse, wird das „vivir bien“ so verstanden, dass es im Gegensatz zu herrschenden Konzepten steht, die Wachstum mit Wohlstand gleichsetzen. Das „vivir bien“ strebt nicht nach dem Mehr, denn „mehr haben zu wollen“ impliziert, dass andere weniger hätten. Vielmehr solle ein Gleichgewicht hergestellt werden. „Gut leben“ bedeute „sich ergänzen“, ohne miteinander in Wettbewerb zu treten.

Längst hat die bolivianische Politik das „vivir bien“ für sich entdeckt, um ihren Gegenentwurf zum Kapitalismus und zum traditionellen Entwicklungskonzept zu propagieren. Nicht zuletzt habe die Gier nach mehr in der westlichen Welt zur zügellosen Ausbeutung der Natur, zum Klimawandel und erst recht zur Banken- und Finanzkrise geführt.

Wie aber sieht die Umsetzung des „vivir bien“ in der Praxis aus? Zwei Gesetze wurden verabschiedet: im Dezember 2010 das „Gesetz über die Rechte der Mutter Erde“ und im Oktober 2012 ein „Rahmengesetz der Mutter Erde und der integralen Entwicklung“. Eine eigens geschaffene Behörde soll nun die Rechte der „Mutter Erde“ schützen. Dennoch zeigt sich, wie weit Anspruch und Wirklichkeit auseinandergehen. Tatsächlich beruht die bolivianische Wirtschaft zum großen Teil auf der Ausbeutung der Natur. Erdöl und Erdgas sowie Bergbauprodukte machen über zwei Drittel der Exporte aus. Die Konflikte zwischen Staat und indigenen Gemeinden über die Ausbeutung natürlicher Ressourcen häufen sich. Seit 2011 protestieren beispielsweise die Indigenen im bolivianischen Tiefland gegen den geplanten Bau einer Schnellstraße durch das Naturschutzgebiet und indigene Territorium TIPNIS (*Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro Sécuré*). Regierung und Bauern sehen darin eine wichtige Infrastrukturmaßnahme, um den Kokaanbau auf die fruchtbare Region TIPNIS ausweiten zu können. Dass der Kokaanbau die Böden schwer schädigt, fällt für sie wenig ins Gewicht. Die Indigenen befürchten dagegen die Zerstörung ihres natürlichen Lebensraums und vor allem die Abholzung der dortigen Tropenwälder. Der Konflikt führte bis zum Bruch der indigenen Dachverbände CONAMAQ (*Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu*) und CIDOB (*Confederación Indígena del Oriente Boliviano*) mit der Regierung von Evo Morales und stellt dessen indigenen- und naturfreundliche Rhetorik deutlich infrage.

Nicht immer stimmt die Wahrnehmung von außen mit der bolivianischen Wirklichkeit überein. Oft neigt man in Deutschland und anderswo auch dazu, die Lebensweise indigener Gruppen zu romantisieren. In Wirklichkeit ist beispielsweise die Gleichwertigkeit allen Lebens durchaus relativ. In vielen indigenen Gemeinden genießen Frauen nicht die gleichen Rechte wie Männer, der Umgang mit der Natur ist nicht immer schonend, und das Konsumstreben hat auch unter Indigenen längst Einzug gehalten.

Dass selbst Indigenen das „richtige Bewusstsein“ abhandenkommt, mag mancher bedauern. Nur, wer wollte es ihnen verdenken, dass sie auch im materiellen Sinne ein gutes Leben führen wollen? Knapp sechzig Prozent der bolivianischen Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, neunzig Prozent der Armen sind indigen. Vor allem in ländlichen Gebieten ist die Infrastruktur mangelhaft. In vielen indigenen Gemeinden gibt es keine Gesundheitsversorgung, und zu ihren Schulen müssen die Kinder lange Wege zurücklegen. Die Qualität der Bildung, falls zugänglich, ist unzureichend. Ohne ein „Mehr“ wird für die indigene Bevölkerung „gut leben“ eine Illusion bleiben. Verteilungskämpfe prägen weit mehr die Realität als das harmonische Miteinander. Man kommt nicht darum herum, festzustellen, dass, wer ihnen geben will, ohne anderen zu nehmen, Wachstum braucht. Aber das muss nicht dagegensprechen, die Vorstellung vom „vivir bien“ wichtig zu nehmen, um mit ihr bestehende Entwicklungsmodelle kritisch zu hinterfragen und ein nachhaltiges Natur- und Ressourcenverständnis zu fördern.

Susanne Käss
Auslandsbüro La Paz der Konrad-Adenauer-Stiftung

Kambodscha: Was „gut leben“ in Kambodscha bedeutet, lässt sich erst mit Blick auf die historische und sozioökonomische Entwicklung des Landes erahnen. Nach der Gewaltherrschaft der Roten Khmer von 1974 bis 1979, der circa 1,5 Millionen Menschen zum Opfer fielen, sowie nach den Jahren unter vietnamesischer Verwaltung bis 1991 wurden 1993, unter der Aufsicht der Vereinten Nationen, wieder freie Wahlen im Land durchgeführt und eine neue fortschrittliche Verfassung verabschiedet. Die Situation blieb angespannt. Erst 1998, nach dem Tode Pol Pots, des Anführers der Roten Khmer, setzte ein politischer Stabilisierungsprozess ein, der auch einen schrittweisen wirtschaftlichen Aufschwung mit sich brachte.

Heute boomt die Wirtschaft mit einem jährlichen Wachstum von circa sieben Prozent. Die ausländischen Direktinvestitionen, die Exporte und die Touristenzahlen steigen. Der ökonomische Fortschritt bringt jedoch kaum eine entsprechende Entwicklung mit sich. Noch immer leben achtzehn Prozent der Bevölkerung in extremer Armut, wobei die soziale Ungleichheit aufgrund fehlender effektiver Governance-Strukturen und -Prozesse weiter zunimmt. Ein schwaches rechtsstaatliches Gerüst und die enge Verknüpfung von Politik und Wirtschaft, die zum Beispiel bei der Vergabe von Landkonzessionen an politisch einflussreiche Personen deutlich wird, sind Nährböden für Korruption und Vetternwirtschaft. Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass der Gini-Koeffizient – ein Indikator zur Darstellung von Ungleichheiten hinsichtlich der Einkommensverteilung – in Kambodscha besonders hoch ist.

Das alles führt zu heterogenen Vorstellungen von gutem Leben. Steht bei der sehr armen Bevölkerung die

Sicherung der Existenz – beispielsweise durch Zugang zu Trinkwasser, Elektrizität und einem Arbeitsplatz – im Fokus, können sich Menschen mit höheren Einkommen ein materialistisches Denken fast im westlichen Sinne leisten. Dabei gibt es ein starkes Gefälle zwischen urbaner und ländlicher Bevölkerung. In Kambodscha leben siebenzig Prozent der Menschen auf dem Land, wo die Armut generell ausgeprägter ist als im urbanen Umfeld. Das liegt unter anderem daran, dass in der Stadt eine bessere medizinische Versorgung, Zugang zu Bildungseinrichtungen und eine breiter gefächerte Jobauswahl positiv zur Armutsreduzierung beitragen. Die ländliche Bevölkerung lebt hingegen größtenteils von Agrarwirtschaft, die für viele nicht genug einbringt, und ist von der öffentlichen Versorgung abgeschnitten.

Mehr als sechzig Prozent der Bevölkerung ist jünger als zwanzig Jahre. Sie sind in einer politisch relativ stabilen Zeit aufgewachsen. Dennoch wird die unterschwellige Angst der zumeist älteren Bevölkerung vor einem erneuten Kriegsausbruch für politische Zwecke missbraucht, so etwa von der Regierungspartei im Vorfeld der Parlamentswahlen im Juli 2013. Hier driften die Vorstellungen durch den Generationenkonflikt wie in jeder anderen Gesellschaft auseinander.

Doch gibt es in Kambodscha auch Vorstellungen von gutem Leben, die einkommens-, alters- und herkunftsübergreifend sind. Über neunzig Prozent der kambodschanischen Bevölkerung gehören dem buddhistischen Glauben an, sodass die Religion eine gemeinsame Wertebasis schafft. In deren Zentrum stehen die Familie, die Dankbarkeit gegenüber den Eltern, die dem Kind das Leben geschenkt haben. Das alles drückt sich in einem starken Zusammenhalt und Harmoniebedürfnis aus. Die Familie bildet daher im Bewusstsein der Kambodschaner das Kernelement eines guten Lebens.

Denis Schrey

Auslandsbüro Phnom Penh der Konrad-Adenauer-Stiftung

Simbabwe: Simbabwe ist eine der ärmsten Volkswirtschaften der Welt, die vor allem durch eine immense Arbeitslosigkeit von circa 85 bis 95 Prozent, ein niedriges Bruttoinlandsprodukt von knapp 500 US-Dollar pro Person pro Jahr (2012), Devisenknappheit, Investitions- und Energieknappheit sowie von einem Brachliegen fast aller Wirtschaftssektoren gekennzeichnet ist. Eine Hyperinflation mit Werten von über 66.000 Prozent führte 2009 zur vorläufigen Abschaffung der Landeswährung, des Simbabwe-Dollars, nachdem die Inflation zuletzt 230.000.000 Prozent erreicht hatte.

Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt aktuell bei knapp unter fünfzig Jahren – Tendenz sinkend. Die politische Lage ist seit über zwanzig Jahren durch ständige Einschüchterung, politischen Terror gegen die Opposition, Wahlfälschung und Nepotismus gekennzeichnet. Durch Intervention der Anrainerstaaten (*Southern African Development Community*, SADC) wurde eine „Regierung der nationalen Einheit“ (*Government of National Unity*, GNU) oktroyiert. Regierungschef ist seit 1980 Robert Mugabe. Der mittlerweile 89-Jährige, der einst das Land in die Unabhängigkeit führte, regiert mit eiserner Hand.

In Simbabwe ist die Kunst- und Kulturszene stark eingeschränkt. Doch in der letzten Woche im April ist alles anders,

denn dann findet das „Harare International Festival of the Arts“, kurz HIFA, statt. In dieser einen Woche jagt buchstäblich eine Veranstaltung mit herausragenden Künstlern aus dem In- und Ausland die andere. Viele Berufstätige richten ihren Jahresurlaub so ein, dass sie möglichst viele Vorstellungen wahrnehmen können. Für alle Simbabweer, schwarz oder weiß, jung oder alt, vom Land oder aus der Stadt, ist „HIFA“ ein Magnet. Hier redet man befreiter und optimistischer als im Alltag, der für viele von Armut, Durst, Hunger und Angst geprägt ist.

Ich hatte also viel über das HIFA gehört und stand nun an, um Karten zu kaufen. Vor mir warteten drei junge Frauen – vermutlich Studentinnen. Sie waren aufgedreht, machten Fotos von sich und posteten sie umgehend auf Facebook. So ganz nebenbei unterhielten sie sich über ihre persönliche Lebensplanung, Jobs, Familie, Geld. Schnell wurde klar, wie wenig sie von der politischen Kaste des Landes hielten – weder von Mugabes *Zimbabwe African National Union* (ZANU-PF) noch von den jetzigen Koalitionären, dem *Movement for Democratic Change* (MDC) unter Morgan Tsvangirai. Früher blutig bekämpft, ist Morgan Tsvangirai heute „Premierminister“ des Landes – zumeist von Mugabes Gnaden. Die Frauen sahen ihre Zukunft eher im westlichen Ausland. Sie erhofften einen guten Studienabschluss, der den Zu-

tritt in ein „besseres“ Land eröffnen soll. Dort habe man es dann sicher um einiges leichter. Ein krisensicherer Job, der so viel Geld abwirft, dass man auch die Familie zu Hause unterstützen kann, sei das Ziel. Vielleicht Urlaub, ein schönes Haus, ein sicheres Leben. Ein solches Gespräch in der Öffentlichkeit überraschte mich sehr.

Einige Abende später saß ich in einem winzigen Theater. Wirklich Unerhörtes wurde auf der Bühne thematisiert: die Vergewaltigung einer jungen Frau durch einen militanten Parteiaktivisten, der seine Tat mit „politischen Erziehungsgründen“ erklärt hatte. Dieses Stück war ein mutiger Appell, das Schweigen zu brechen. Am nächsten Tag hatte ich Karten für politisches Kabarett: Treffsicher wurde die aktuelle politische Lage parodiert, und die Zuschauer bogen sich vor Lachen. Wie kann so etwas in einem Land, in dem von der Regierung beauftragte Schlägertrupps und politisch motivierte Morde keine Seltenheit sind, möglich sein?

Die in Gesprächen und Diskussionen immer wieder beschriebenen gesellschaftlichen Parallel- und Gegenwelten „soziale Netzwerke/Internet“ beziehungsweise „Kunst und Kultur“ existieren wirklich. Anfangs dienten sie nur als Ventil für die unterdrückte und fast zerstörte Zivilgesellschaft; jetzt müssen sie als Indikatoren für eine Veränderung gewertet werden.

Präsident Mugabe und sein Parteigefolge sind letztendlich daran gescheitert, den demokratischen Widerstand zu eliminieren, der durch Internet, soziale Medien wie Facebook und Twitter, Mobiltelefonie und Kultur gestärkt wird. Das politische Potenzial der Gegenwelten ist groß und wächst rasant. Es beschränkt sich nicht nur auf die Jugend in den Stadtgebieten, sondern ist zunehmend auch in den ländlichen Gebieten präsent. In wenigen Jahren werden 100 Prozent der Simbabwe über ein Mobiltelefon und damit, zumindest theoretisch, auch über einen Zugang zum Internet verfügen. Überhaupt sind diese Medien unabdingbar für hoffentlich „freie und faire Wahlen“ im Juli oder August 2013. Sie sind Grundlage für das notwendige Monitoring und die Kommunikation nach außen.

Ein junger Jesuitenpater brachte es auf dem „HIFA“ auf den Punkt, wie ein gutes Leben in Simbabwe aussehen könnte: „Wir wollen ein Leben ohne Angst vor Folter und Tod, mit ausreichend Nahrungsmitteln und Trinkwasser, Bildung für alle, realistischen Zukunftsperspektiven und Wachstumschancen. Wir wollen eine Führung, die frei und fair vom Volk gewählt wurde und die Entscheidungen im Sinne des Landes und der Menschen fällt. Wir wollen und wir können das. Wenn wir endlich Respekt voreinander haben, werden wir das auch schaffen.“

*Jürgen Langen
Auslandsbüro Harare der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Palästinensische Gebiete: Vom Berg „Jabel Ein Eine“ im Westjordanland blickt man nach Westen über palästinensisches Territorium hinweg auf die israelische Mittelmeerküste. Im Osten reicht die Sicht an klaren Tagen bis nach Amman, der jordanischen Hauptstadt. Nördlich spiegelt sich der See Genezareth. Alles ist zum Greifen nah. Dazwischen liegen die *Grüne Linie* – die Waffenstillstandslinie von 1949 – und die israelische Sperranlage, die 2003 zum Schutz gegen Terrorangriffe errichtet wurde. Letztere verläuft zu rund achtzig Prozent nicht entlang dieser Grenze, sondern schneidet – israelische Siedlungen umfassend – teilweise tief in das Westjordanland ein.

Damit verbunden sind für viele Palästinenser Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Checkpoints und mitunter erniedrigende Kontrollen. Hochkomplizierte Passierscheine müssen besorgt werden und Anträge sind zu stellen, um von einer Seite der Mauer auf die andere zu wechseln. Es herrscht die Angst, nach einem Auslandsaufenthalt vielleicht nicht mehr ins eigene Land gelassen zu werden oder durch das erneute Aufblühen der Gewalt selbst Schaden zu nehmen.

Seit mehr als sechzig Jahren leben Hunderttausende Palästinenser in Flüchtlingscamps. Allein im Gazastreifen haben siebzig Prozent der Bewohner den Status eines Flüchtlings. Ein Großteil der Nahrungsmittel und des Baumaterials wird dort durch illegale, in den Sand gegrabene Schmugglertunnel eingeführt. Sogar Spielzeug ist davon betroffen. Beim Öffnen der Verpackung rieselt als untrügliches Zeichen immer etwas Sand zu Boden. Wer einmal auf dem Dach eines Hochhauses in Gaza-Stadt gestanden hat, bekommt einen Eindruck von der Überbevölkerung

auf diesem kleinen Streifen Land. Etwa die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, 300.000 Menschen verfügen über weniger als 1,25 Euro am Tag. Rund achtzig Prozent der Bevölkerung sind laut UN-RWA auf Zuwendungen internationaler Hilfsorganisationen angewiesen, knapp 670.000 Bewohner beziehen regelmäßig Lebensmittel vom UN-Hilfswerk. Für viele junge Menschen hat das Leben im Gazastreifen jegliche Perspektive verloren. Immer weiter reichen die Einschränkungen der regierenden Hamas. Jugendliche unterschiedlichen Geschlechts dürfen nicht mehr gemeinsam unterrichtet werden, die Rechte der Frauen werden beschnitten, freie Meinungsäußerung ist kaum noch möglich. Die Gefahr einer politischen und religiösen Radikalisierung nimmt zu. Da gleichzeitig viele internationale Organisationen aufgrund der anhaltend instabilen Sicherheitslage ihre politische Arbeit im Gazastreifen eingeschränkt haben, bieten sich jungen Menschen kaum noch Alternativen. Viele junge Palästinenser aus dem Gazastreifen wollen daher einfach „nur noch weg“.

Das alles hat dazu geführt, dass viele junge Palästinenser sich einen wirklichen Frieden kaum noch vorstellen können. Zu sehr bestimmt die Realität des Alltags das Wunschdenken. Dennoch löst das Herausögern direkter Gespräche auf beiden Seiten keine Probleme. Direkte Verhandlungen und eine dauerhafte Friedenslösung durch die Schaffung zweier Staaten erscheinen immer noch als beste Option für ein gutes Leben. Um einer weiteren Radikalisierung und Perspektivlosigkeit vorzubeugen, sollten beide Seiten daher baldmöglichst ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zurückkehren.

*Hans Maria Hejñ
Auslandsbüro Ramallah der Konrad-Adenauer-Stiftung*